

Grossratssession März 2018: Bericht der SP See-Deputation

Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell (HRM2). Das HRM2 strebt eine verstärkte Harmonisierung des Rechnungswesens von Bund, Kantonen und Gemeinden an. Mit dem HRM2 wird die Haushaltsführung von öffentlich-rechtlichen Körperschaften im Kanton Freiburg vermehrt nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen geführt. Dieses Modell verspricht Transparenz und eine einheitliche Anwendung. Als Pionierin hat die Gemeinde Murten dieses Modell bereits während mehrerer Jahre versuchsweise angewendet und den Kanton bei der Schaffung des Gesetzes unterstützt. Die Gemeinden haben nun zwei Jahre Zeit, dieses Modell einzuführen.

Open-Government-Data-Strategie. Der Staatsrat hat einen Bericht über seine Strategie zur Frage der offenen Verwaltungsdaten vorgestellt, die ursprünglich zur Verhinderung von Korruption eingeführt wurden, heute aber auch den freien Zugang zu Behördendaten gewährleisten und damit die Zusammenarbeit zwischen der Regierung und der Freiburger Bevölkerung fördern. Es ist richtig und notwendig, dass der Staatsrat die Digitalisierung ernst nimmt. In diesem Zusammenhang versprach er für gewisse Bereiche schon bald die Einführung des angekündigten virtuellen Schalters. In die richtige Richtung gehen die detaillierte Veröffentlichung von Ergebnissen bei Wahlen und Abstimmungen oder auch die kürzlich erfolgte Veröffentlichung des kantonalen Richtplans.

Senkung der Vermögenssteuer. Mit maximal 30 Mio. Franken will der Staatsrat die im Kanton Freiburg - verglichen mit dem schweizerischen Durchschnitt - hohen Vermögenssteuern in den nächsten Jahren senken. Das Parlament hat eine entsprechende Vorlage gutgeheissen. Rechte Parlamentarier sind überzeugt, auf diese Weise die Wirtschaft ankurbeln zu können. Die Linke machte hingegen auf die kommende Unternehmenssteuerreform aufmerksam, deren Auswirkungen heute noch gänzlich unbekannt sind, und erinnerte daran, dass vor wenigen Jahren eigens ein Struktur- und Sparprogramm erstellt werden musste, um das durch Steuersenkungen entstandene Loch in der Kasse zu füllen.

Wechsel der Berner Gemeinde Clavaleyres in den Kanton Freiburg. Im Beisein der Präsidentin des Berner Grossen Rates sowie der Gemeindepräsidenten von Clavaleyres und Murten konnte das Parlament mit der Annahme eines entsprechenden Gesetzes einen weiteren Schritt des historischen Wechsels eines Landstücks des Kantons Bern in den Kanton Freiburg vollziehen. Die Arbeiten dazu haben vor vielen Jahren begonnen. Heute ist das Ziel klar und unumstritten: Die Gemeinde Clavaleyres mit einer Fläche von einem 1 km² und 50 Einwohnerinnen und Einwohnern wird zur Gemeinde Murten wechseln, mit der zusammen sie schon heute einen Grossteil ihrer Aufgabe erfüllt. Die Lösung, sich an eine grosse, gut funktionierende Gemeinde anzuschliessen, ist viel besser als wenn zwei kleine Gemeinden fusionieren würden und die Strukturen von Grund auf neu aufbauen müssten. Der grosse Aufwand für den Wechsel muss hingenommen werden, denn jeder kleinste Schritt muss rechtlich sauber abgesichert sein, um eine harmonische und nachhaltige Abwicklung des Kantonswechsels und der Fusion mit der neuen Gemeinde sicherzustellen. Im Herbst werden die beiden Gemeinden über die Fusionsvereinbarung abstimmen, bevor auch noch das Bundesparlament den Kantonswechsel absegnen wird.

Für die SP See: Chantal Müller, Julia Senti, Bernadette Hänni (Grossrätinnen)